

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 17 · 28. November 2005 · www.cdu-csu-ep.de



Bundeskanzlerin besucht Europäisches Parlament

Unmittelbar nach ihrem Besuch in Paris besuchte Bundeskanzlerin Angela Merkel die europäischen Institutionen in Brüssel. Die Tatsache, dass sie den Kommissionspräsidenten Barroso und den Parlamentspräsidenten Borrell so schnell nach ihrem Amtsantritt aufsuche, zeige, dass Europa in der deutschen Politik wieder erheblich an Gewicht gewinnen werde, erklärten der Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Markus Ferber (CSU), und der Parlamentarische Geschäftsführer der Gruppe Werner Langen (CDU).

Inhalt

H. Nassauer/W. Langen:
Chemikalienpolitik
Seite 2

Joachim Wuermeling:
Dienstleistungsrichtlinie
Seite 3

Andreas Schwab:
Maschinenrichtlinie
Seite 5

Angelika Niebler:
Datenschutz
Seite 6

HARTMUT NASSAUER / WERNER LANGEN:

Abstimmung über europäische Chemikalienpolitik

KOMPROMISS ZUM REGISTRIERUNGSVERFAHREN POSITIV
ABER NOCH WEITER WEG BIS ZU STIMMIGEM ANSATZ

Der Berichterstatter der EVP-ED-Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, Hartmut Nassauer, begrüßt die Annahme des zwischen ihm und dem SPE-Berichterstatter Guido Sacconi vereinbarten Kompromisses zur Registrierung von Chemikalien bei

der Plenarabstimmung in Straßburg. Scharfe Kritik äußert Nassauer aber an der vom Parlament beschlossenen Position zur Genehmigung.

Mit der Einführung einer auf fünf Jahre befristeten Genehmigung für Produkte wird keinerlei umweltpolitischer Mehrwert erzielt. Den unternehmerischen Erfordernissen an langfristige Planbarkeit wird aber erheblicher Schaden zugefügt. Nassauer stellt klar, dass seine Zustimmung zum Bericht nur möglich war, weil die britische Präsidentschaft vorab mitgeteilt hat, dass im Rat Einmütigkeit bei der Ablehnung einer solchen Befristung von Genehmigungen besteht.

Nassauer rechnet hingegen fest damit, dass der vereinbarte Kompromiss



Hartmut Nassauer MdEP



Langen MdEP

zur Registrierung von Chemikalien die Zustimmung des Rates finden wird: „Dies ist der einzige Punkt, der vom Parlament mit qualifizierter Mehrheit angenommen worden ist, an dieser Regelung kommt der Rat nicht vorbei“. Mit dem „Sacconi/Nassauer-Kompromiss“ wird die Registrierung im Bereich der Volumen von 1 bis 100 Tonnen erheblich vereinfacht. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen wird die Erfüllung der Vorgaben von REACH damit wesentlich erleichtert. Die Vorgabe des Kommissionsvorschlags, nach elf Jahren eine vollständige Erfassung aller Chemikalien zu erreichen, wird dennoch nicht gefährdet.

Scharf kritisiert Nassauer das Abstimmungsverhalten bei der Regelung

der Genehmigung: Ein in letzter Minute verhandelter interfraktioneller Kompromiss verfehlte knapp die Mehrheit, da die liberale Fraktion sich nicht entschließen konnte einstimmig gegen die desaströsen Vorschläge von Sozialisten, Grünen und Kommunisten zur Genehmigung zu stimmen.

Der Berichterstatter der EVP-ED-Fraktion im Industrieausschuss des Europäischen Parlaments, Werner Langen, zeigte sich überzeugt, dass diejenigen Beschlüsse des EP, die mit einer knappen linken Mehrheit verabschiedet wurden, weder im Rat noch in der zweiten Lesung eine realistische Chance haben. „Das Parlament kann

seine wachsende Rolle im europäischen Gesetzgebungsprozess nur dann ernsthaft wahrnehmen, wenn man nicht darauf vertrauen muss, dass der Rat den größten Unsinn ablehnt.“ In der vom Parlament verabschiedeten Form sei REACH trotz der erheblichen Erleichterungen bei den Registrierungsanforderungen nach wie vor ein „bürokratisches, teures und kaum verantwortbares Monster“, so Langen. Es sei noch ein weiter Weg zu einen vernünftigen Ausgleich zwischen berechtigten Interessen des Umwelt- und Verbraucherschutzes einerseits und der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie andererseits.

JOACHIM WUERMELING:

„Entscheidende Weichen richtig gestellt“

ABSTIMMUNG DES BINNENAUSSCHUSSES ÜBER
EU-DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE

„Es ist uns gelungen, eine ausgewogene Regelung für den Handel mit Dienstleistungen auf den Weg zu bringen.“, so die Bilanz des CSU-Europaparlamentariers Joachim Wuermeling zur Abstimmung des Binnenmarktausschusses über die EU-Dienstleistungsrichtlinie. Das Ausschussvotum, so Wuermeling, eröffne die Chance für mehr Arbeitsplätze und Wachstum für



Joachim Wuermeling MdEP

die exportorientierte deutsche Wirtschaft. Damit hätten Vernunft und Augenmaß über den Versuch gesiegt, unter dem Deckmantel der „Dienstleistungsrichtlinie“ nationale Märkte über das bestehende Maß hinaus abzuschotten. Wuermeling ist zuversichtlich, dass das Ausschussvotum gute Aussichten

auf eine Mehrheit im Parlamentsplenum hat.

Vorbehaltlich der amtlichen Bestätigung der Abstimmungsergebnisse konnten sich Christdemokraten und Liberale in den umstrittenen Punkten „Anwendungsbereich der Richtlinie“ und „Herkunftslandprinzip“ mit ihrer gemeinsamen Abstimmungslinie weitgehend durchsetzen.

Herkunftslandprinzip

Sie haben das reine „Herkunftslandprinzip“ durch ein vernünftiges Zusammenspiel von Herkunfts- und Bestimmungsland ersetzt. Bereiche, in denen die Anwendung des Herkunftslandes unproblematisch ist, wurden in einer „Positivliste“ zusammengefasst. Grundsätzlich soll das Recht des Herkunftslandes gelten. Jedoch kann das Land, in dem die Dienstleistung erbracht wird, weiterhin verlangen, dass gerechtfertigte Schutzregeln eingehalten werden. Die Mitgliedstaaten erhalten damit die Möglichkeit, verbindliche Umwelt-, Sicherheits- und Sozialstandard durchzusetzen. Sie können sie jedoch nicht

als Instrument der Marktabschottung missbrauchen.

Anwendungsbereich

Christdemokraten und Liberale konnten außerdem verhindern, dass der Anwendungsbereich der Richtlinie vollständig durchlöchert wurde. Bedauerlich sei zwar, dass gerade die Wachstumsbranche der privaten Gesundheitsdienstleistungen aus der Richtlinie ausgeschlossen wurde. Wichtig sei jedoch, dass Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse weiterhin erfasst sind. Die beschlossenen Änderungen erzwingen keine Liberalisierung der Daseinsvorsorge, ermöglichen aber, dass die Richtlinie überall dort angewendet werden kann, wo Dienstleistungen dem Wettbewerb unterliegen.

Dr. Joachim Wuermeling (CSU) ist stellv. Koordinator der EVP-ED-Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments.

Neue Europaabgeordnete

Der Berliner Europaabgeordnete Ingo Schmitt (CDU) ist nach der Bundestagswahl aus dem Europäischen Parlament ausgeschieden und ist nun Mitglied des Deutschen Bundestages. Für Schmitt rückte Roland Gewalt (CDU) aus Berlin ins Europäische Parlament nach.

Für den verstorbenen Europaabgeordneten Prof. Dr. Jürgen Zimmerling (CDU) aus Essen rückte der Bochumer Prof. Dr. Horst Posdorf (CDU) nach.

Mit Beginn des nächsten Jahres wird voraussichtlich Dr. Joachim Wuermeling (CSU) aus dem Europäischen Parlament ausscheiden um als beamteter Staatssekretär ins Bundeswirtschaftsministerium zu wechseln. Für ihn wird voraussichtlich Dr. Gabriele Stauner (CSU) ins Europäische Parlament nachrücken.

ANDREAS SCHWAB:

Maschinenrichtlinie bringt Erleichterungen für KMUs

Die Maschinenrichtlinie – für die ich in zweiter Lesung Berichterstatter bin – gilt für alle fest installierten und beweglichen Maschinen zur kommerziellen, gewerblichen und privaten Nutzung und ist damit für die Gesundheit und Sicherheit von Millionen Verbrauchern von Bedeutung. Die wichtigsten Ziele der Überarbeitung der Richtlinie sind:

- Eine genauere Festlegung des Anwendungsbereichs und eine bessere Abgrenzung gegenüber anderen Richtlinien, um eine doppelte Regulierung endlich zu beenden.
- Eine Verbesserung der Marktaufsicht, die eine Kontrolle von Billigimporten erleichtern würde.
- Die Einführung eines Verfahrens zur umfassenden Qualitätssicherung für bestimmte Maschinengattungen.

Das Europäische Parlament hat sich in wesentlichen Punkten mit seinen Ideen zum Vorschlag der Kommission durchgesetzt, so wird z.B. die Selbstzertifizierung des Herstellers durch eine Erklärung anstelle der Zertifizierung durch eine Prüfstelle bei Maschinen mit erhöhtem Gefahrenpotenzial ermöglicht, was letztlich weniger Bürokratie bedeutet.



Andreas Schwab MdEP

Oberste Priorität ist es, einen Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Unternehmen und dem Schutz der Arbeitnehmer und Endverbraucher sicherzustellen. Ein weiteres meiner Ziele war es klarzustellen, dass die CE-Kennzeichnung mit der Absicht geschaffen wurde, einen „Pass“ für den freien

Transport von Waren im europäischen Binnenmarkt zu schaffen. Ich habe mich daher gegen grundlegende Abweichungen von diesem Konzept ausgesprochen. Außerdem habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Festlegung von Belastungen für die Hersteller, die sich durch die generelle Verpflichtung zur Entsorgung ergeben hätten, aus der Richtlinie herausgenommen werden. Die Frage des Umgangs mit Altmaschinen muss außerhalb dieser Richtlinie entschieden werden.

Erheblicher Verbesserungsbedarf besteht aber weiterhin im Bereich der Traktoren. Es ist unverständlich, warum für Traktoren weiter die Maschinenrichtlinie parallel gelten soll, wo es doch zusätzliche 25 Richtlinien gibt, um die Gefahren von Traktoren zu regeln. Ich bin daher an Kommissar Verheugen mit dem Vorschlag herantreten, im Sinne

des von ihm propagierten Bürokratieabbaus eine schlanke Rahmenrichtlinie für Traktoren zu schaffen. Ziel muss es sein, einen angemessenen Schutz der Arbeitnehmer und der Endverbraucher zu gewährleisten ohne die Wettbe-

werbsfähigkeit der Unternehmen zu gefährden.

Dr. Andreas Schwab (CDU Baden-Württemberg) ist Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments.

ANGELIKA NIEBLER:

Vorratsdatenspeicherung: „Kein gläserner Telefonkunde“

PRAKTIKABLE LÖSUNG FÜR BENUTZER UND UNTERNEHMEN NOTWENDIG

Daten von Telefonaten, E-Mails und der Besuch von Internetseiten sollen künftig EU-weit einheitlich für die Dauer von sechs bzw. drei Monaten gespeichert werden. Das entschied mit breiter Mehrheit der Industrieausschuss des Europäischen Parlaments. Ein entsprechender Vorschlag der Europäischen Kommission



Angelika Niebler MdEP

wurde zugunsten der Verbraucher abgeändert. „Wir haben eine gute Balance zwischen den berechtigten Anliegen der Strafverfolgungsbehörden und den Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie den Unternehmen gefunden“, so die Berichterstatterin des Ausschusses, die CSU-Europaabgeordnete Angelika Niebler. Vor dem Hintergrund zahlreicher Terroranschläge hatte die Kommission vorgeschlagen, dass Telekommunikationsunternehmen bestimmte Verbindungsdaten bis zu einem Jahr

speichern sollen. Dazu gehören neben dem Beginn und dem Ende aller Telefonate im Mobil- und Festnetzbereich auch die Verbindungsdaten, die bei SMS-Kurzmitteilungen und bei der Internetnutzung anfallen. Nicht gespeichert werden soll hingegen der Gesprächsinhalt. Von diesem Vorgehen erhoffen sich die Ermittlungs-

behörden deutliche Verbesserungen bei der Bekämpfung schwerer Straftaten.

Angelika Niebler sagte, dass am Ziel der Verbrechensbekämpfung festgehalten werden müsse. „Die Korrekturen bei Speicherdauer und zu speichernden Datentypen sind aber notwendig, um eine für Benutzer und Unternehmen gleichermaßen praktikable Lösung zu finden.“

Dr. Angelika Niebler (CSU) ist Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments.

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ **Hans-Gert Pöttering: Mehr Transparenz im EU-Ministerrat schaffen**

Initiative der Fraktionen des Europäischen Parlaments gegenüber der britischen Ratspräsidentschaft

In einem gemeinsamen Schreiben haben die Vorsitzenden der sieben politischen Fraktionen im Europäischen Parlament den amtierenden Ratspräsidenten, den britischen Außenminister Jack Straw, und die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, schon jetzt für mehr Transparenz in EU-Legislativverfahren zu sorgen. Mit ihrem Vorstoß wollen die Parlamentarier erreichen, dass künftig die Tagungen des Ministerrates öffentlich stattfinden, wenn dort Gesetzesinitiativen behandelt werden.

In ihrem Schreiben erinnern der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), sowie die Fraktionsvorsitzenden **Schulz** (PSE), **Watson** (ALDE), **Cohn-Bendit/Frassoni** (Grüne), **Wurtz** (GUE), **Bonde** (IND) und **Crowley** (UEN) daran, dass sich die 25 EU-Regierungen bereits im Rahmen der Verhandlungen über den Europäischen Verfassungsvertrag auf eine Regelung verständigt haben, wonach der Rat immer dann öffentlich tagen muss, „wenn er über Entwürfe zu Gesetzgebungsakten berät oder abstimmt“ (Artikel I-50, Absatz 2). Nach Auffassung der Parlamentsfraktionen kann dieses Element der Europäischen Verfassung aber schon umgesetzt werden, ohne den Abschluss des weiteren Ratifizierungsver-

fahrens abzuwarten, z. B. durch eine kurzfristige Änderung der Geschäftsordnung des Rates.

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, begründete die gemeinsame Initiative mit dem Misstrauen vieler europäischer Bürger gegenüber dem Brüsseler Gesetzesapparat. Pöttering erklärte: „Ein solcher Schritt liegt auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, die bei den Referenden in diesem Jahr gegen die Europäische Verfassung gestimmt haben. Er soll helfen, durch mehr Transparenz das Vertrauen der Menschen in Europa zu stärken.“

■ **10 Jahre Barcelona-Prozess**

Mit einer Sondersitzung hat die EVP-ED-Fraktion Mitte November dem 10. Jahrestag des Beginns des Barcelona-Prozesses für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen der EU und den Mittelmeerländern gedacht. Anwesend waren unter anderem der Präsident der EU-Kommission, **José Manuel Barroso** sowie EU-Außenkommissarin **Benita Ferrero-Waldner**. Der EVP-ED-Fraktionsvorsitzende **Hans-Gert Pöttering** (CDU) erklärte, die EU habe mit der Osterweiterung Mauern nach Osten eingerissen. „Jetzt müssen wir eine Brücke zum Süden bauen“. Der Austausch mit den Ländern des Mittelmeerraumes biete eine Gelegenheit, zu Frieden und Stabilität in dieser Region und dem Mittleren Osten beizutragen.

■ **Schwarze Liste für unsichere Fluggesellschaften genehmigt**

Das Europäische Parlament hat grünes Licht für die Einführung einer EU-weiten schwarzen Liste für Fluggesellschaften mit Sicherheitsmängeln gegeben. Der entsprechende Bericht von **Christine de Veyrac** (Frankreich) erhielt in erster Lesung 577 Ja-Stimmen. Nur 16 Abgeordnete sprachen sich dagegen aus, 31 enthielten sich. Damit fordert das Europäische Parlament eine EU-einheitliche Liste von Fluggesellschaften, die die Sicherheitsanforderungen in den Mitgliedstaaten nicht erfüllen. Verbote für diese Fluglinien sollen dann in der ganzen Europäischen Union gelten. Bisher sind Flugverbote noch in jedem EU-Land anders geregelt.

Als zweiten Punkt fordert das Parlament die Stärkung der Rechte der Fluggäste. Sie sollen über die Identität der ausführenden Fluglinie unterrichtet werden, da in der Praxis immer wieder Tickets für ein und dasselbe Flugzeug von unterschiedlichen Fluggesellschaften angeboten werden. Darüber hinaus sollen Fluggäste ein Recht auf Ausgleichsleistungen in den Fällen haben, in denen nach der Reservierung der Reise das benannte Luftfahrtunternehmen in die schwarze Liste aufgenommen wird. Es wird erwartet, dass der Mi-

nisterrat für Verkehr den vom Parlament abgestimmten Text billigen wird.

■ **Verkehrsausschuss gibt grünes Licht für Marco Polo II**

Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments hat mit großer Mehrheit dem Bericht von **Reinhard Rack** (Österreich) zum Programm Marco Polo II zugestimmt. Dabei geht es um die Verlagerung des Güterverkehrs auf Bahn und Wasserstraßen. Rack: „Die erfolgreiche Idee von Marco Polo I – jetzt aber mit deutlich erhöhten finanziellen Mitteln für die kommende Periode – kann somit weiter ausgebaut und fortgesetzt werden. Angesichts des drohenden Kollapses des Straßenverkehrs will dieses Programm alternative und umweltfreundlichere Verkehrsträger fördern und besser in den Straßenverkehr integrieren. Dies käme allen Verkehrsträgern zu Gute und würde dazu beitragen, ein für unsere Wirtschaft und Umwelt besseres, nachhaltiges Gleichgewicht im Verkehrsbereich zu Stande zu bringen, vor allem in sensiblen Gebieten“. Für das Programm Marco Polo II sollen insgesamt 740 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

*Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle
lboehm@europarl.eu.int*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Eggenmannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-802-0. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.